



Slowakei politisch gelähmt

Umfragen: Sozialdemokraten klar vorn

Mehr Fragezeichen als Antworten drei Monate vor der Wahl

Politische Lähmung bis zum Wahltermin 17. Juni

Bis zum Termin der vorgezogenen Neuwahlen am 17. Juni geht in der Slowakei politisch nichts mehr weiter.



Augenfälligstes Signal dafür ist ein umfassender Privatisierungs-Stopp, den die Rest-Regierung unter Führung des christdemokratischen Ministerpräsidenten **Mikuláš Dzurinda**

(Slowakische Demokratische und Christliche Union - Demokratische Partei - SDKÚ-DS) auf Druck der Opposition verfügte. Betroffen davon sind auch so kleine Schritte wie Verkäufe von Grundstücken durch Gemeinden und Regionalverwaltungen an ausländische Investoren für bereits vereinbarte Investitionsprojekte. Ohne dieses Zugeständnis der des Premiers hätte die Opposition gedroht, mit einem Misstrauensvotum im Parlament die Rest-Regierung vorzeitig zu stürzen.

Das Parlament lehnte es aber auch ab, neue Gesetze zu beschließen, die schon vorher ausgearbeitet worden waren. Enttäuscht darüber zeigte sich vor allem die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) von Ex-



Parlamentspräsident **Pavol Hrušovský**. Die KDH wird aber seit ihrem Koalitionsaustritt Anfang Februar in der Öffentlichkeit als Hauptverursacherin der

gegenwärtigen Koalitionskrise betrachtet. Sie hat deshalb kaum Möglichkeiten, auf das parlamentarische Geschehen Einfluss zu nehmen. Wirtschaftsexperten warnen schon seit Wochen vor einem Vertrauensverlust der internationalen Investoren wegen des radikalen Privatisierungs-Stops. Sie fürchten, dass sich manche Investoren inzwischen für andere Standorte entscheiden könnten, bis die slowakische Politik wieder handlungsfähig wird.



Formelle Rahmenbedingungen für die Parlamentswahlen

Als Termin für die vorgezogenen Parlamentswahlen steht der 17. Juni bereits fest. Bis zum Schluss der Meldefrist am 19. März um Mitternacht meldeten 21 Parteien ihre Kandidatur an. Es existiert nur ein landesweiter Wahlkreis. Wahlberechtigt sind per Briefwahl erstmals auch im Ausland lebende slowakische Staatsbürger. Das Wahlalter beträgt mindestens 18 für das aktive, mindestens 21 Jahre für das passive Wahlrecht.

Bedingung ist unter anderem die Einzahlung einer Kautions von 500.000 Kronen (ca. 13.300 Euro). Dies kritisierten manche kleineren Parteien als undemokratisch. Die Kautions wird allen jenen Parteien erstattet, die mindestens drei Prozent der abgegebenen Stimmen erreichen. Bis zum 8. April hat die am 22. März erstmals tagende Wahlkommission über die Gültigkeit aller Kandidaturen zu entscheiden. Gewählt werden wie bisher 150 Abgeordnete. Formell dürfen die Wahlkampagnen erst am 27. Mai starten. In der Praxis ist der Wahlkampf aber längst eröffnet. Im Unterschied zu früheren Wahlen gibt es keine Obergrenze mehr für die Finanzmittel, die die Parteien für ihren Wahlkampf aufwenden dürfen. Das früher geltende Limit von 12 Millionen Kronen wurde ohnehin regelmäßig mit verschiedenen Tricks umgangen (z. B. "Informationen", die formell nicht als Wahlkampf deklariert wurden). Auch können Werbespots in privaten ebenso wie in öffentlich-rechtlichen Medien platziert werden. Abgeschafft wurde auch das - z. B. im Internet - gelegentlich durchbrochene Wahlmoratorium, das 48 Stunden vor Öffnung der Wahllokale jegliche Parteienwerbung verbot.

Die 21 Parteien, die sich bis zum Stichtag anmeldeten, sind laut einer von der

Tageszeitung Sme aufgrund von offiziellen Informationen erstellten Liste folgende:

- SDKÚ-DS (Slowakische Demokratische und Christliche Union - Demokratische Partei)
- SMK (Partei der Ungarischen Koalition)
- SDĽ (Partei der Demokratischen Linken)
- KDH (Christlich-Demokratische Bewegung)
- Agrárna strana vidieka (Agrarische Landpartei)
- Smer-SD (Richtung - Sozialdemokratie)
- Združenie robotníkov Slovenska (Verband der Arbeiter der Slowakei)
- KSS (Kommunistische Partei der Slowakei)
- Prosperita Slovenska (Prosperität der Slowakei)
- Nádej (Hoffnung)
- Strana občianskej solidarity (Partei der bürgerlichen Solidarität)
- HZD (Bewegung für Demokratie)
- SF (Freies Forum)
- SNS (Slowakische Nationalpartei)
- Ľavicový blok (Linksblock)
- OKS (Bürgerlich-Konservatives Forum)
- ANO (Allianz des Neuen Bürgers)
- ĽS-HZDS (Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei)
- Slovenská národná koalícia - Slovenská vzájomnosť (Slowakische Nationale Koalition - Slowakische Gegenseitigkeit)
- Slovenská ľudová strana (Slowakische Volkspartei)
- Misia 21 - Nová kresťanská demokracia (Mission 21 - Neue Christdemokratie)

Kaum Überraschungen auf den Kandidatenlisten

Bei der Erstellung ihrer Kandidatenlisten setzten die meisten Parteien auf bewährte Parteipolitiker. Ministerpräsident Dzurindas SDKÚ fiel durch eine besonders große Zahl an "neuen Gesichtern" auf, die als Zugpferde wirken könnten. Zu ihnen gehört beispielsweise die neue Sozialministerin **Iveta Radičová**. Nicht berücksichtigt wurde hingegen ihr Vorgänger in diesem Amt, der bisherige Parteichef der Demokratischen Partei (DS), **Ludovít Kaník**. Das ist insofern beachtenswert, als Kaník die Fusion seiner DS mit der SDKÚ verantwortete, aber dafür



nicht mit einem eigenen Listenplatz belohnt wurde. Kaník gilt ferner als Vater der revolutionären Rentenreform. Zahlreiche Prominente aus anderen Kleinparteien bietet auch das Freie Forum (SF) auf. Die größte Überraschung bei Smer-SD war, dass die EU-Parlamentarierin **Monika Beňová** als ursprüngliche Listenzweite auf eine Kandidatur verzichtete, um sich ganz ihrer Aufgabe im EU-Parlament zu widmen. Die Medien vermuteten dahinter sogleich, die auch als mögliche Außenministerin gehandelte Beňová habe einen parteiinternen Machtkampf verloren. Die entsprechenden Gerüchte wurden jedoch nicht bestätigt.

Umfragen: Smer-SD klar vorn

Die aktuellen Meinungsumfragen seit dem Ausbruch der Koalitionskrise Anfang Februar unterscheiden sich zwar im Detail. Dennoch gibt es eindeutige Trends, die alle Umfragen übereinstimmend widerspiegeln. Ein wenig überraschend ist, dass die Koalitions-

krise im Vergleich zu den Umfragen früherer Monate nicht zu dramatischen Verschiebungen der Wählerpräferenzen - nicht einmal bei den Hauptkonfliktparteien SDKÚ-DS und KDĽ - führte. Übereinstimmend sehen alle Meinungsforscher seit Monaten unverändert die Partei Smer-Sociálna demokracia (Richtung-Sozialdemokratie) mit einem Stimmenanteil von über 30 Prozent klar vorn. Ihr Vorsitzender **Róbert Fico** ist den Umfragen zufolge auch deutlich der populärste Politiker des Landes. Fico möchte die in der Slowakei erfolgten Wirtschaftsreformen in jedem Fall rückgängig machen. Beobachter halten dies nur z. T. für möglich. In vielen Bereichen sind die geschaffenen Systeme in ihrer jetzigen Form irreversibel. Beispiel: Rentenversicherung. Die bereits bestehende kapitalgedeckte Säule könnte ohne die Zustimmung der involvierten großen Versicherungsunternehmen und Fonds nicht abgeschafft werden. Fico würde eine Flut von Klagen vor dem EuGH und den nationalen Gerichten riskieren, würde er hier zurückrudern. Alle namhaften Rechtsexperten gehen davon aus, dass der slowakische Staat durchgehend in derartigen Rechtsstreitigkeiten unterliegt.



Das Verfolgerfeld besteht - in je nach fragendem Institut und auch in zeitlichen Abständen schwankender Reihenfolge - aus der oppositionellen Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS) von Ex-Premier **Vladimír Mečiar** und den drei in etwa gleich starken christdemokratischen Regierungsparteien



Slowakische Demokratische und Christliche Union - Demokratische

Partei (SDKÚ-DS), Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) und Partei der Ungarischen Koalition (SMK/MKP). In den meisten Umfragen liegt die ĽS-HZDS vor den drei ursprünglichen Regierungsparteien (die KDH zählt ja inzwischen formell zur Opposition). Zu diesem Quartett an relativ stabilen Verfolgern gesellte sich in den vergangenen Monaten die rechtsradikale Slowakische Nationalpartei (SNS). Sie wird wahrscheinlich den Wiedereinzug ins Parlament schaffen. Weniger sicher, aber meistens über der Fünfprozenthürde, platzierte sich auch die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS). Die allerneuesten Umfragen sehen die medial weniger präsente KSS eher unter fünf Prozent. Im Aufschwung befindet sich hingegen das Anfang 2004 als Abspaltung der SDKÚ entstandene Freie Forum (SF). Es wird inzwischen von der ehemaligen stellvertretenden Parlamentspräsidentin **Zuzana Martináková** geführt. In allen Umfragen klar unter der Fünfprozenthürde liegt die liberale Ex-Regierungspartei ANO des ehemaligen Medienmagnaten **Pavol Rusko**. Rusko wurde im August vergangenen Jahres von Ministerpräsident Dzurinda wegen zweifelhafter Finanztransaktionen als Wirtschaftsminister entlassen. Daraufhin trat seine Partei formell aus der Koalition aus, spaltete sich aber zugleich in einen von Rusko geführten oppositionellen Flügel und eine regierungstreue Gruppe um die verbleibenden ANO-Minister und die Mehrheit der ANO-Fraktion. Ein Teil der letzteren gründete inzwischen die neue Partei Nádej (Hoffnung), die aber laut allen Umfragen noch weniger Chancen auf einen Parlamentseinzug hat als die wohl politisch erledigte ANO selbst.

Mehr Fragezeichen als Antworten 3 Monate vor der Wahl

Die folgende Tabelle zeigt die aktuellsten Umfrage-Ergebnisse der drei bekanntesten Meinungsforschungsinstitute (jeweils Stimmenanteile in Prozent):

Partei	ÚVVM	MVK	Focus
Smer-SD	34,5	35	32,4
ĽS-HZDS	12,8	12,5	11,5
SMK	9,6	9,9	11,1
SDKÚ-DS	11,5	8,4	7,5
SNS	7,3	8,7	8,7
KDH	7,6	7	10,2
SF	8	7,9	6,6
KSS	3,6	4,1	5,0

Die hier erstgenannte Umfrage des zum staatlichen Statistikamt gehörenden "Instituts für die Erforschung der öffentlichen Meinung" (ÚVVM) würde folgende Sitzverteilung im Parlament ergeben:

Smer-SD	57
ĽS-HZDS	21
SMK	16
SDKÚ-DS	19
SNS	12
KDH	12
SF	13

Der prominente Politik-Experte und Chef des Instituts MVK, Pavel Haulík, wies gegenüber den Medien wiederholt darauf hin, dass Smer-SD ihren Zenit in den Umfragewerten erreicht haben dürfte und bei den Wahlen voraussichtlich mit weniger großem Abstand gewinnen wird. Der typische Smer-Sympathisant ist traditionell eher undiszipliniert und könnte der Wahl fern-



bleiben. Nicht überraschend war, dass SMER bei Wahlen mit geringer Wahlbeteiligung nicht reüssieren konnte und daher bei den letzten Wahlen durchgehend keine guten Ergebnisse erzielte. SMK und KDH haben hingegen ein treues Potenzial an Stammwählern und könnten - wie schon bei regionalen Urnengängen zuvor - von einer geringen Wahlbeteiligung überproportional profitieren.

Dennoch hegen die meisten Beobachter keine Zweifel an einem Wahlsieg Ficos. Dzurindas SDKU werden zur Zeit allenfalls Chancen eingeräumt, als Dritter hinter Meciar's HZDS einzulaufen. Aus der Tabelle wird deutlich, dass keine Partei die absolute Mehrheit von 76 Sitzen aus eigener Kraft erreichen kann. Es müssen also Koalitionen gebildet werden. Ficos Problem ist, dass im Grunde niemand, vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten, mit ihm koalieren würde. Eine Regierung mit der HZDS scheidet wohl deshalb aus, weil Fico und Meciar persönlich seit vielen Jahren verfeindet sind. Außerdem ist noch nicht gesagt, dass es für die beiden Parteien gemeinsam reichen könnte. Dass eine der bisherigen Regierungsparteien mit SMER koalitiert ist unwahrscheinlich. Die konservativen Parteien, die in der laufenden Legislaturperiode eine beeindruckende Zahl durchgreifender Reformen beschlossen, sind nicht gewillt, eine Partei zu unterstützen, deren primäres Ziel es ist, gerade diese Reformen wieder rückgängig zu machen. Die Reformen beginnen jetzt erst zu greifen und helfen der Slowakei bei ihrer Entwicklung sehr. Das gilt wohl auch für das SF, dessen Programmatik sich von der der SDKU kaum unterscheidet. Die Abspaltung hatte, wie so häufig in der Slowakei, ihre Ursache in persönlichen Auseinandersetzungen.

Auf der anderen Seite: Auch, wenn Dzurinda, der als absoluter Politprofi gilt, im Wahlkampfendspurt noch einiges zuzutrauen ist, so wird es für eine Fortsetzung der konservativen Option, auch unter Einschluss des SF, kaum reichen. Das wirft die Frage nach einer möglichen Koalition mit der HZDS auf. Dzurinda machte zumindest Teilen der HZDS in den vergangenen Monaten immer wieder Avancen. Er traf sich mit verschiedenen Vertretern der Partei. Diese Variante ist jedoch mit gewaltigen Hürden gepflastert:

1. Wie nimmt es die Wählerklientel und die Parteibasis auf, dass man gerade mit der Partei paktiert, die man in den 90ern unter allen Umständen aus der Regierung drängen wollte? Meciar galt als Autokrat, der die Slowakei in die internationale Isolation geführt hatte.
2. HZDS und SDKU werden gemeinsam nicht ausreichend Stimmen auf sich vereinigen. Die Neigung der KDH oder des SF, mit der verhassten Meciar-Partei zu koalieren, dürfte gering sein. Ausgeschlossen erscheint eine Koalition mit der ungarischen SMK. Die Ungarn waren von Meciar während seiner Regierungszeit marginalisiert und wüst mit nationalistischen Parolen beschimpft worden. Die SMK aber war der treueste Verbündete Dzurindas SDKU in der noch laufenden Legislaturperiode. Sie ist auch die letzte noch verbliebene Koalitionspartei neben der SDKU.
3. Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer Regierungsbeteiligung der HZDS international? Vielen europäischen und anderen Politikern ist Meciar noch als der preisboxende Betonkopf in Erinnerung. Kann sich die Slowakei einen derartigen Schritt leisten?



4. Wer stellt überhaupt den Premierminister? Nach allen derzeitigen Umfragen wird die HZDS zweitstärkste Partei und hätte in einem eventuellen „Anti-SMER-Bündnis“ einen natürlichen Anspruch auf die Besetzung des Amtes des Premierministers. Was dann? Tritt der „Macher“ Dzurinda nach 8 Jahren erfolgreicher Regierungsarbeit freiwillig ab? Ist überhaupt eine Regierung unter Führung des stark umstrittenen Meciar (immerhin Vorsitzender der HZDS) denkbar? Oder ist dieser bereit, seine Machtansprüche der Regierungsräson zu opfern und lässt sich mit einem herausgehobenen Amt, sagen wir dem des Parlamentspräsidenten, abspeisen?

Es gibt also einen Korb voller Fragen. Klar ist, dass nur wenig wirklich klar ist. Eines aber ist sicher: die Wirtschaft, die Nachbarstaaten und die EU hoffen auf eine demokratische Kontinuität in der Slowakei. Gerade die ausländischen Investoren setzen große Hoffnungen in eine politische stabile und berechenbare Slowakei. Zu groß sind die Anreize, die die noch amtierende Regierung in den vergangenen 4 Jahren schuf. Sie erhielt den Applaus der internationalen Organisationen ebenso wie den der multinationalen Konzerne und des Mittelstandes. Atemberaubende Wachstumsraten, Lohnsteigerungen, Kaufkraftsteigerungen und gänzliche unerwartete wirtschaftliche Stabilität sind die Folge. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute überschlagen sich mit Lobeshymnen. Der „Tatra-Tiger“ ist auf der Überholspur. Eine Rücknahme der Reformen würde ihn zahnlos werden lassen.

Bratislava, den 30.03.06

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Verbindungsbüro Bratislava**

Verantwortlich
Dr. Stefan Gehrold

Mitarbeit
Christoph Thanei

Zelená 8
811 01 Bratislava
Tel.: 00421-2-5441 9438
Fax: 00421-2-5441 9441
Email: kasslovak@nexta.sk
Web: www.kas.de/bratislava